

Mittwoch
27. Juni 2001
 Einzelpreis DM 3,00

Postvertriebsstück
 Gebühr bezahlt - K 2846
 Zahnärztlicher Fach-Verlag
 Postfach 10 18 68 · 44608 Herne

Woche **DZW**

Unabhängige Wochenzeitung für Zahnarzt und Dentalmarkt

Galvanokäppchen
 Kupfer für In
 Sicher korros

C. HAFNER
 FÜR DENTALE EX

TEL. 0180 - 17231-01 BIS 06

Die Woche im Blick

Streit mit der KZVB nicht beigelegt:
 Keine Zustimmung zum Kompromissvorschlag des Ministeriums 2

Harsche Kritik an der neuen KZBV-Patientenkampagne:
 Patientenaufklärung ist ein sensibler Bereich 4

So sehe ich es:
 Es kommen lausige Zeiten! 5

Zahnmedizin

Risikoerkennung bei rekonstruktiven Maßnahmen:
 Minderwertige Legierungen erhöhen Verlustrisiko 9

Temporäre Phänomene:
 Komplikationen nach Lokalanästhesie 9

Zirkonoxid-Abutments:
 Neue Perspektiven 12/13

Praxis aktuell

Informationen aus erster Hand:
 Wissen, was läuft 3

DGZ-Jahrestagung:
 „Warum hinter den erreichten Stand zurückgehen?“ 6/7

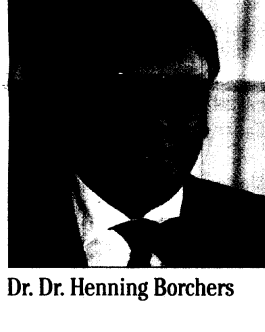
Schmerzarme Kariesentfernung:
 Kinder profitieren besonders 17

Internetseiten 14/15
Leserforum 16

FV nicht im Wahlprüfungsausschuss – hat die „Koalition der Vernunft“ in Niedersachsen etwas zu verbergen? – FV wählt nicht mit:

Dr. Dr. Borchers trotz Wahlanfechtung wieder als ZÄK-Präsident gewählt

In einer „Fortsetzung“ der wegen des Auszugs der Delegierten des Freien Verbands Deutscher Zahnärzte e.V. (FVDZ) gescheiterten konstituierenden Kammerversammlung vom ersten Maiwochenende (siehe DZW 19/01) wurde am 20. Juni nun Dr. Dr. Henning Borchers als Präsident der niedersächsischen Zahnärztekammer (ZKN) wiedergewählt. Die Kammerversammlung wählte den Präsidenten aus ihren Reihen mit 39 Stimmen „einstimmig“.



Dr. Dr. Henning Borchers

Die Gruppe „Koalition der Vernunft“, ein Zusammenschluss der Zahnärzte für Niedersachsen (ZfN) und der Arbeitsgemeinschaft Niedersächsischer Zahnärzte (ANZ),

verfügt über 38 Stimmen, dazu kam vom früheren stellvertretenden Vorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV), Dr. Fritz Albers, als „Unabhängiger“ eine 39. Stimme. Der Sprecher der Gruppe des FVDZ – sie hat 35 Stimmen in der Kammerversammlung – hatte zuvor festgestellt, dass sich seine Gruppierung nicht an der Wahl beteiligen wollte, da man die Wahl gerichtlich angefochten habe und ein Gerichtsentscheid abgewartet werden sollte.

Der gesamte Vorstand rekrutiert sich aus Mitgliedern der „Koalition der Vernunft“. So wurde

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bundessozialgericht verwirft Patientenklage:

Ausgrenzung der Implantat-Versorgung aus der GKV ist legal

Der weitgehende Ausschluss von Zahnimplantaten aus dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) verstößt nicht gegen das Grundgesetz. Das gilt auch dann, „wenn es im Einzelfall keine oder keine vergleichbar gute Alternative gibt“, wie das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel in mehreren Urteilen entschieden hat, die vergangene Woche verkündet wurden.

Damit wurde die von der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) im Bundesauschuss der Zahnärzte/Krankenkassen betriebene Politik bestätigt, die Kassenversorgung bei Implantaten auf wenige Ausnahmen – einen sehr engen medizinischen Katalog – zu beschränken. Der Gesetzgeber hatte mit Aufhebung der Festzuschuss-Regelungen bei Zahnersatz auch die Suprakonstruktionen von Im-

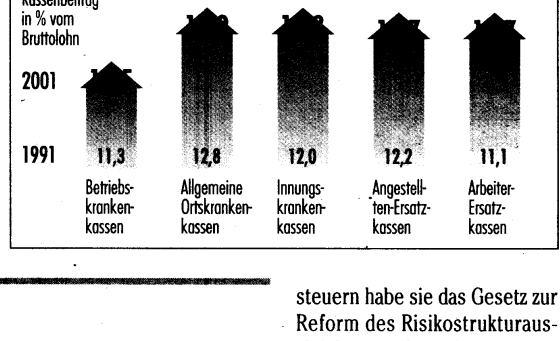
Horst Seehofer hält eine weitere GKV-Reformverzo
 Schmidt für unverantwortlich – Kassen-Mindestbeitr

Beiträge der Krankenkassen werden drastisch steigen

Den gesetzlichen Krankenkassen steht eine Welle von Beitragserhöhungen bevor. Acht baden-württembergische Kassen werden demnach ihre Beitragssätze anheben. Die Landes-AOK plane eine Erhöhung von 13,5 auf 14,2 Prozent, die BKK Bau erhöhe zum 1. Juli 2001 von 11,9 auf 13,5 Prozent. Vor wenigen Tagen hatte bereits die AOK Hessen ihren Beitragssatz von 13,8 auf 14,8 Prozent heraufgesetzt.

„Diese Entwicklung wird die gesamte Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) erfassen“, sagte der AOK-Bundesvorsitzende Hans Jürgen Ahrens. Er forderte die Bundesregierung auf, zur Entlastung der Kassen beizutragen, anstatt „neue Risiken“ zu schaffen.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) erklärte zu den Beitragssteigerungen, sie betrachte die Entwicklung „mit Sorge“, hoffe aber wegen der eingeleiteten Strukturmaßnahmen auf eine Konsolidierung der Finanzlage der Kassen. Zum Gegen-



steuern habe sie das Gesetz zur Reform des Risikostrukturausgleichs vorgelegt, Vereinbarungen mit Ärzten und Kassen getroffen, die die Medikamenten-

sunde Nachbarzähne abgeschliffen werden müssten.

Zwei Kläger können wegen fortgeschrittener Kieferatrophie keine reguläre Prothese mehr tragen. Ihnen sprach das BSG deshalb die Suprakonstruktion zu, die ca. 1.600 DM für die vier Implantate müssen sie selbst aufbringen. Ein weiterer Kläger machte geltend, ohne Implantat müssten für eine Brücke über zwei Zähne zwei gesunde Zähne beschliffen werden; dies verstöße gegen sein Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit. Doch auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit verpflichte Gesetzgeber und Krankenkassen nicht, „bestimmte Leistungen zur Verfügung zu stellen“, so die Richter. Eine Kostenübernahme durch die

Die Originale:
citoMant[®] XXL
 = Retard
OSTEOINDUCTAL[®]
Soft.Ject[®]
Soft.Retract[®]

Gmds www.gmds-dental.de
 Medical & Dental Service GmbH
 56203 Höhr-Grenzhausen
 Telefon: 0 26 74 - 94 99 0
 - 94 99 29

DZW
 Besuchen Sie uns im Internet.
<http://www.dzwdz.de>
DZW Politik
 E-Mail: dzwdzredakt@aol.com